

**Initiative zur dauerhaften Implementierung  
des Prozesses der „Nachhaltigkeit“  
in allen Bereichen der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg  
und zur Bildung eines internen Netzwerkes  
(Diskussionspapier)**

### Einleitung

Die von der UN berufene „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ legte 1987 den Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ (den sogenannten Brundtland-Bericht) vor, in dem der Begriff „sustainable development“ wie folgt definiert ist: „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Unter „Bedürfnisse“ ist Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit und eine verbesserte Lebensqualität zu verstehen. Der berechtigte Anspruch auf Wohlstandssteigerung in den Entwicklungsländern wird gespiegelt durch Umweltschutzaktivitäten in den Industrieländern (siehe Klimaschutzverhandlungen). Obwohl die Brundtland-Kommission den Begriff „dauerhaft“ verwendet (der Begriff „zukunftsfähig“ wäre interpretationsfreier) hat sich die Bezeichnung „nachhaltige Entwicklung“ verbreitet.

Für die Inhalte der nachhaltigen Entwicklung hat die Bevölkerung große Sympathie: „Gerechtigkeit zwischen armen und reichen Ländern“ erreicht 77 % Zustimmung, „Gerechtigkeit zwischen den Generationen“ sogar 90 % und die Maxime, „nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen als nachwachsen“ 83 %. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist aber nur 13 % der Befragten bekannt.<sup>1</sup>

### Situation an der GMU

Die Gerhard-Mercator-Universität Duisburg befindet sich seit einiger Zeit in einer Umbruchsituation. Teilweise dramatisch sinkende Studierendenzahlen haben zu einer Reduzierung von Studienangeboten und zu einer allgemeinen Einschränkung der universitären Handlungsfreiheit geführt. Die Umstrukturierung der Universität (Fakultäten/Institute) und die Schärfung des wissenschaftlichen Profils sollen nun ebenso wie eine Kooperation mit der Universität Essen (wie auch immer diese aussehen wird) Synergien eröffnen, unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die Attraktivität des Studienortes bei den Studierenden festigen. Dazu kann auch die dauerhafte Thematisierung der Nachhaltigkeit an der Universität wesentlich beitragen.

Die GMU Duisburg hat in Person des Rektors sowohl die Leitlinien der **Lokale Agenda 21 in Duisburg**<sup>2</sup> als auch die **COPERNICUS-Erklärung**<sup>3</sup> (s. Anhang) unterschrieben. Aus den „Duisburger-Leitlinien“ ist eine Selbstverpflichtung der Beteiligten abzuleiten, die zukunftsfähige Entwicklung der Stadt voranzutreiben (die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft ist in Absatz 4 erläutert). Akteure aus der GMU treiben den Agenda-Prozess voran, auch befindet sich das Agenda-Büro innerhalb der Universität (sonst eine Aufgabe der Kommunen). Die im Mai 1994 in Genf vorgelegte COPERNICUS-

<sup>1</sup> BMU „Umweltbewusstsein in Deutschland 2000“, Universität Marburg/EMNID-Institut Bielefeld, Juni 2000

<sup>2</sup> Leitlinien der Lokale Agenda 21 in Duisburg, im Internet <http://www.stadt-duisburg.de/> (z.Zt. nicht mehr zu finden)

<sup>3</sup> COPERNICUS – Die Hochschul-Charta für nachhaltige Entwicklung, Genf, Mai 1994

Charta stellt ein Strategiekonzept für Hochschulen dar, um die Hochschulbildung an den Zielen der nachhaltigen Entwicklung auszurichten und leichter umsetzen zu können. Einige der grundlegenden Handlungsprinzipien sind: Universitäten sollen konkrete Verpflichtung eingehen, es sollen diesbezüglich Programme angeregt werden und die Umweltbildung für Dozentinnen/Dozenten, Angestellte und Studierende soll gestärkt werden.

Aus den auch von der GMU eingegangenen Willensbekundungen erwächst eine Handlungsverpflichtung. Im dritten Kapitel werden Themenfelder genannt, die geeignet sind - neun Jahre nach der Konferenz von Rio und ein Jahr vor der Johannesburg-Konferenz - dieser Verpflichtung gerecht zu werden. Erste Schritte sind bereits gemacht.

Für den Bereich Lehre wurden Modelle eines Studienschwerpunktes „Nachhaltige Entwicklung“ erarbeitet und diskutiert. Von studentischer Seite wurde 1999 ein Konzept für einen **fächerübergreifenden Studienschwerpunkt „Nachhaltige Entwicklung“** eingebracht.<sup>4</sup> In einem hochschulinternen Bericht<sup>5</sup> von Blotevogel und Raffelsiefer werden die Möglichkeiten, dieses Thema in den Fächerkanon aufzunehmen, für Duisburg aufgezeichnet. Es wird allerdings auch schon auf ein wesentliches Hemmnis durch die traditionelle Fächerstruktur hingewiesen. „Aufgrund der weitgehenden wechselseitigen Abschottung der zumeist monodisziplinären Studiengänge mangelt es an der notwendigen Transparenz innerhalb der Hochschule und an der Kooperation zwischen den Disziplinen.“<sup>6</sup> Dies gilt es zu überwinden. Die Kommission für Planung und Finanzen hat in ihrer 132. Sitzung am 04.10.2001 das vorgelegte Konzept eines **Bachelor- u. Master-Studiengangs „Angewandte Geographie – Nachhaltige Entwicklung und Umweltmanagement (NEU)** einstimmig befürwortet.

In dem Bericht<sup>7</sup> an den Expertenrat hat die GMU Schwerpunktthemen definiert, „die sich für den Ausbau der transdisziplinären Forschung über die Fakultätsgrenzen hinweg eignen“. Als ein bereits in der Hochschule vernetztes Thema ist dort genannt: **Nachhaltige Entwicklung und ressourcenschonende Technologien**. Hierunter können sicherlich schon einzelne Forschungsprojekte aus den Bereichen Umweltforschung, politische und soziologische Forschung subsumiert werden. Zusätzlich kann dieses Leitthema Forschungsaktivitäten stimulieren, die z. B. im Zentrum für Brennstoffzellentechnologie (eine über die bisherigen Aktivitäten hinausgehende, geplante Stütze der Nachhaltigkeitsforschung) angesiedelt sein können. Hier wäre aber eine neue Plattform zur Stärkung der interdisziplinären Forschung hilfreich. An dieser Stelle sei auch auf das Kompetenznetzwerk Wasser NRW hingewiesen und auf weitere Bemühungen das Forschungsthema „Nachhaltige Wasserversorgung“ zu etablieren.<sup>8</sup> In einer **interdisziplinären Ringvorlesung** (WS 2000/2001, Institut für Geographie) wurde die „Nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfähigkeit“ einem interessierten Auditorium nähergebracht.

Obwohl die Hochschulverwaltungen i. A. bei der Frage, „wie stellt sich eine Universität dem Wettbewerb?“, häufig außen vor bleiben, gibt es selbstverständlich gerade dort unbemerkte Ansätze von „sustainable development“. Die veränderte Finanzausstattung fördert rationelles Haushalten – d. h. also auch Energie und Wasser sparen. Das Umweltbewusstsein (und entsprechende gesetzliche Regularien) fördert ressourcenschonendes und umweltverträgliches Handeln. Gerade auf der Verwaltungsebene könnten aber weitere wichtige und schnellwirkende Impulse für eine „Nachhaltige Entwicklung“ gesetzt werden.

---

<sup>4</sup> Reiner Neumann, AStA, Konzept für einen fächerübergreifenden Studienschwerpunkt „Nachhaltige Entwicklung“ als Anlage eines Schreibens an die Forschungskommission, Mai 1999

<sup>5</sup> Hans H. Blotevogel, Marion Raffelsiefer „Ein Studienschwerpunkt „Nachhaltige Entwicklung“ an der Gerhard-Mercator-Universität“, Bericht für die Studienkommission, Februar 2000

<sup>6</sup> Blotevogel/Raffelsiefer, s.o., S.32

<sup>7</sup> Bericht an den Expertenrat: Die Universität als Ganzes – Perspektiven (A2), Oktober 1999, S. 12

<sup>8</sup> R. Gimbel: Diskussionsgrundlage für eine Themenskizze für ein DFG-Forschungszentrum „International Research Center for Sustainable Water Supply“

Erwähnt wurde schon die Anbindung der Koordinierungsstelle der Lokalen Agenda an die GMU. Dies kann durchaus als modellhaft bezeichnet werden und sollte von der Hochschulleitung dringend weiter gestützt werden. Es ist eine innovative und obendrein kostengünstige Art, die lokale Verflechtung der Universität zu verbessern. Hieraus kann ein bedeutendes Potenzial für den Strukturwandel der Region erwachsen.

Soweit zu Duisburg. Belegbar haben etliche Hochschulen Nordrhein-Westfalens bereits Schritte in Richtung „dauerhafte Implementierung des Prozesses der Nachhaltigkeit“ getan.<sup>9</sup> Dazu sei nur auf die an vielen Hochschulen aufgestellten Umweltleitlinien hingewiesen oder auf erste erfolgreich eingeführte Umweltmanagementsysteme (z. T. nur auf Institutsebene).

### **Strategie für die Umsetzung des Prinzips „sustainable development“**

Die vor einiger Zeit von der Bundesregierung eröffnete Möglichkeit, das Öko-Audit-Gesetz auch auf öffentliche Verwaltungen (auch Hochschulen) anzuwenden, kommentierte der Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und Präsident der Universität Osnabrück, Prof. Dr. Rainer Künzel, so: "Regelmäßige Überprüfungen, detaillierte Schwachstellenanalysen und ein effizienter Ressourceneinsatz bieten den Hochschulen nicht nur die Möglichkeit, einen wichtigen Beitrag zur ‚nachhaltigen Entwicklung‘ zu leisten, sondern auch erhebliche Kosten zu sparen." Die HRK veröffentlichte bereits 1992 das Handbuch „Umweltschutz an deutschen Hochschulen – Handbuch zum Umweltschutz“. Etwa 35 Hochschulen haben bisher Umweltmanagementsysteme eingeführt.

Ein wichtiges Netzwerk ist „eco-campus“ (bundesweit), es wird von etwa 155 Einzelpersonen getragen. Aus NRW sind dort sieben Hochschul-Projekte aufgeführt (Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Essen und Paderborn). Ziel des Netzwerkes ist es, eine umweltgerechte Gestaltung der Hochschulen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern.

Hochschulen sind Großbetriebe (in Duisburg ist die Universität einer der größten Arbeitgeber) wo entsprechende Mengen von Energie und nichtenergetische Ressourcen eingesetzt werden. Hochschulen sind ihrem Wesen nach der Lehre und Forschung verpflichtet, d. h. hier werden Menschen hoch qualifiziert, die später in ihrem beruflichen Umfeld so handeln, wie es ihrer Sozialisation und Qualifikation entspricht. Und hier werden bereits viele wissenschaftliche Fragestellungen mit einem engen Bezug zum Thema „Nachhaltigkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ bearbeitet. Die Hochschulen haben deshalb eine besondere Verantwortung, sie sind aufgefordert, sich diesen Themen zu stellen (vgl. COPERNICUS-Erklärung). Dieser Prozeß muss von der Universitätsleitung deutlich gestützt werden. Er hängt von der Motivation des Personals ab - wobei es an dauerhaftem Engagement oft mangelt (vgl. „veraltete Webseiten“ oder nichtfrequentierte Foren). Häufig fehlen Senatsbeschlüsse zum Thema „Nachhaltigkeit“ (z.B. Verabschiedung von Umweltleitlinien). Besonders problematisch ist der geringe „Wert“, der der Nachhaltigkeit an Hochschulen offensichtlich beigemessen wird.

Die Kommunikation zwischen Hochschulleitung (z.B. Prorektoren), Wissenschaft (Mitarbeiter aus allen Fakultäten), Studierende (AStA und auch in den Instituten) sowie der Verwaltung (Dezernate, Beauftragte) bekommt eine zentrale Bedeutung. Um die „sustainable development“ dauerhaft zu fördern, wird die **Gründung eines Arbeitskreises Nachhaltige Entwicklung (AK)** dringend empfohlen.

Die Unterstützung aus allen Gruppen (Professorinnen/Professoren, Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler, sonstige Angestellte und Studierende), aus allen Wissenschaftsbereichen (Geistes-, Ingenieur-, Natur-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften), aus den Zentraleinrichtungen (z. B.

---

<sup>9</sup> So wurde z. B. an der Universität Dortmund das COPERNICUS-Sekretariat eingerichtet.

ZVD, HRZ), der Verwaltung (z. B. Beschaffung, Technik, Sicherheit) und der Personal- und Studierendenvertretungen wäre für ein zielgerichtetes Arbeiten notwendig.

Die Arbeitsweise sollte demokratisch und weitgehendst unformalisiert sein. Ziel ist die dauerhafte, hochschulweite Auseinandersetzung, um Wege aufzuzeigen um a) Nachhaltigkeitsforschung anzuregen, b) nachhaltiges Wirtschaften sicherzustellen und c) das Ausbildungsziel „verantwortungsvolle Wissenschaft“ weiterzuentwickeln. Aus diesem größeren Kreis sollten projekt- bzw. aufgabenbezogene Arbeitsgruppen gebildet werden, die Fachkompetenz bündeln und über ihre Fortschritte berichten. Diese Arbeitsgruppen sollten sowohl wissenschaftliche Themen (z. B. Energiesysteme) als auch Themen konkreter Umsetzung (z. B. nachhaltige Beschaffung) bearbeiten - möglichst in interdisziplinären Projektteams.

Im Bereich „Beschaffung“ können wichtige Weichen gestellt werden (energieeffiziente Bürogeräte, keine FCKW-haltigen Produkte, Recycling-Papier, usw.). Immerhin hat das öffentliche Auftragswesen in Deutschland einen Anteil von 13 % am Bruttosozialprodukt. Im Bereich des Dezernats 5 wäre angesiedelt: Senkung des Strom- und Wärmeverbrauchs (dies reduziert die Betriebskosten deutlich), Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung, Erhöhung des Anteils regenerativer Energien. Flankierend dazu müssten Ist-Analysen durchgeführt werden, Kennzahlen gebildet (BÜG, Kennzahlen bezogen auf möglichst kleine Einheiten) und Energieberichte veröffentlicht werden (Transparenz). Es sollte Kostentransparenz hergestellt und Anreizsysteme implementiert werden.

Die Universität sollte bei Neubauten darauf einwirken, dass weitgehend umweltverträgliche Baumaterialien eingesetzt werden, verstärkt Tageslicht genutzt und der Primärenergiebedarf für die Betriebsphase auf ein Minimum reduziert wird. Es wurde bereits vielfach nachgewiesen, dass durch integrierte Planung ein Low Energy Office (LEO) nicht teurer werden muss.

Einzubinden ist natürlich der Umweltschutzbeauftragte, dessen Amtsgeschäfte diesen Themenkreis berühren. Impulse für den AK, sind von den individuellen Beiträgen der Studierenden und der Angestellten zu erwarten (die Motivation kann durch Aktionen wie z. B. „Richtig lüften und heizen“, „Aktion Stecker raus“, *ansteckend* werden).

Aus einem solchen AK könnten auch neue Ansatzpunkte für die Schärfung des wissenschaftlichen Profils der Hochschule erwachsen, z.B. könnte die Gründung eines „Sustainable Competence Center, Duisburg, SCCD“ (als In-Institut) angeregt werden. In der weltweiten Nachhaltigkeitsdebatte stehen Themen im Vordergrund, die auch an der GMU schon kompetent besetzt sind. Hier eine Auswahl:

- Bildung (Geographie)
- Emissionen – Abfall, Abwasser, Abluft (Fakultät 5, u.a.)
- Energie (IUTA, ZBT)
- Globalisierung der Wirtschaft (Fakultät 3)
- Nord-Süd-Ausgleich (INEF)
- Verkehr (Fakultäten 3,4,5)
- Wasser (IWW)

Nach Recherchen innerhalb der Hochschule ist festzuhalten, dass es in allen schon benannten Bereichen ein deutliches Interesse an einer Fortentwicklung des Universitätsprozesses "Nachhaltigkeit" gibt und dass alle angesprochenen Mitglieder der Hochschule einen solchen AK für sinnvoll halten. Um dort auch Projekte anstoßen und Maßnahmen umsetzen zu können, wäre einerseits ein Rektorats- bzw. ein Senatsbeschluss sinnvoll und andererseits wird man einen Moderator nur gewinnen können, wenn eine breite inhaltliche Unterstützung nicht nur verbal erfolgt.